



II— 5008 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich  
DER BUNDESKANZLER

Zl.353.110/38-III/4/79

Wien, am 6. April 1979

2350/AB

1979 -04- 06

zu 2354/J

An den

Präsidenten  
des Nationalrates  
Anton BENYA

Parlament  
1017 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat VETTER und Genossen haben am 14. Februar 1979 unter der Nr. 2354/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Arbeitsplatzschwierigkeiten im Bezirk Gmünd, Niederösterreich, gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

- "1. Ist Ihnen die besorgniserregende Lage auf dem Arbeitsmarkt im Bezirk Gmünd und insbesondere in der Stadt Heidenreichstein in vollem Umfang bekannt?
2. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung umgehend treffen, um dieser ungünstigen Entwicklung auf dem Arbeitsplatzsektor in diesem Grenzbezirk Einhalt zu gebieten?
3. Ist es richtig, daß seitens der Arbeitsmarktverwaltung Sondermaßnahmen beschränkt auf den Bezirk Gmünd und befristet mit 3 Monaten vorgesehen sind?
4. Wenn ja, aus welchen außer wahltaktischen Gründen sollen diese Maßnahmen mit 3 Monaten befristet werden?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten.

Die Bundesregierung hat bereits in ihrer Regierungserklärung vom 27. April 1970 festgestellt, daß die demographische

- 2 -

und ökonomische Entwicklung in Österreich den Gegensatz zwischen wirtschaftlich produktiven und schwach strukturierten Entleerungsgebieten verstärkt und es dadurch zu einem regionalen Leistungs- und Wohlstandsgefälle kommt.

Wenn auch manche Stimmen angesichts dieser speziellen Entwicklungsprobleme die Auffassung vertreten haben, daß neue Entwicklungen in die schon vorhandenen Ballungszentren zu legen wären, hat die Bundesregierung es zu einer ihrer vornehmsten Aufgabe gemacht, gerade in wirtschaftlich gefährdeten Gebieten zukunftsorientierte Betriebsgründungen und Neuinvestitionen zu fördern und mit den zu Gebote stehenden Mitteln die Infra- und Agrarstruktur dieser Gebiete zu verbessern.

In Erfüllung dieses Zieles werden seit 1973/74 durch das ERP-Sonderprogramm für die Grenzlandgebiete industriell-gewerbliche Arbeitsplätze in grenznahen Entwicklungsgebieten gefördert und jährlich mindestens 200 Mio S Kreditvolumen zur Verfügung gestellt. Damit konnten tausende Arbeitsplätze gesichert bzw. neu geschaffen werden.

Der Bund hat im Jahre 1974 in Abstimmung mit dem Land Niederösterreich ein Maßnahmenpaket in Form eines Sofortprogrammes für die NÖ-Grenzgebiete erstellt, das seither voll realisiert wurde. Das 1978 beschlossene 2. Sofortprogramm für die NÖ-Grenzgebiete mit einer Laufzeit von 5 Jahren sieht einen Rahmenbetrag von weit über 1 Milliarde S aus Bundesmitteln vor. Die Bundesregierung hat aber auch bereits 1970 betont, daß der rasante Fortschritt von Forschung und Technologie sowie der Konsumgewohnheiten zu raschen Änderungen der Produktions- und Marktbedingungen führt und daß die Anpassung an diese Änderungen eine entscheidene Voraussetzung für die Steigerung des Wohlstandes ist. Die dafür erforderliche unternehmerische Initiative und Dynamik ist aber nicht immer vorhanden.

- 3 -

Zu den Fragen 1 bis 4 :

Obwohl der Anteil an vorgemerkten Arbeitslosen im letzten Jahrzehnt praktisch unverändert geblieben ist (1969: 4,6 %, 1978: 4,5 %) verfolgt die Bundesregierung mit Besorgnis die Tatsache, daß wichtige Betriebe trotz großzügiger Förderung nicht in der Lage oder nicht willens sind, sichere und qualifizierte Arbeitsplätze für die Zukunft in ausreichendem Ausmaß zu garantieren. Die Bundesregierung ist daher ständig um die Schaffung neuer Arbeitsplätze bemüht.

Der Bundesregierung ist es insbesondere auch gelungen, die Weiterführung der Firma Eisert AG für vorerst 3 Monate zu erreichen, wobei der Bund eine Haftung von 30 Mio S übernommen hat. Darüber hinaus sind Bemühungen um den Aufbau einer neuen Produktion in diesem Betrieb im Gange.

Die Bundesregierung hat in einer Besprechung mit Vertretern der Niederösterreichischen Landesregierung am 16. Februar 1979 ein koordiniertes Entwicklungsprogramm vorgeschlagen, das über die Verstärkung der bestehenden Investitionsförderung hinausgeht und zur Mobilisierung lokaler und regionaler Wirtschaftsressourcen führen wird. Ziel dieser Bemühungen ist die vorzugsweise Schaffung qualifizierter und krisensicherer Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung.

Die Bundesregierung hat zur Entwicklung eines derartigen Konzeptes gemeinsam mit der NÖ-Landesregierung eine Experten-Gruppe beschlossen. Die Realisierung ihrer Vorschläge wird sofort nach Vorliegen in Angriff genommen werden.

Das geplante Sulfatzellulosewerk an der Donau (Ybbsmündung) wird 200 bis 250 im Werk selbst beschäftigte Arbeitsplätze

- 4 -

sichern. Desweiteren ist damit zu rechnen, daß 250 Arbeitsplätze in der Holzwirtschaft des Waldviertels dadurch gesichert werden. Es ist zu erwarten, daß sich durch dieses Werk ein Impuls zur Belebung der Forstwirtschaft im Waldviertel, insbesondere im südlichen Teil, ergeben wird.

Durch die Bundesfinanzgesetznovelle wurde bereits Vorsorge getroffen, daß die geplante Bundesbeteiligung von S 200 Mio realisiert werden kann.

Die geplante Glasfabrik der Stölzle-Oberglas AG in Pöchlarn wird in weiterer Folge sicherlich auch positive Auswirkungen auf den Bereich Gmünd haben. Insbesondere die geplante Errichtung einer Donaubrücke in Pöchlarn wird die Voraussetzungen zu einer verkehrsmäßigen Kommunikation zwischen dem Standort in Pöchlarn und dem Waldviertel ermöglichen.

Für die industrielle Entwicklung im politischen Bezirk Gmünd hat die österreichische Bundesregierung in den letzten Jahren 28 ERP-Kredite mit einer Gesamtsumme von S 25,149 Mio zur Unterstützung von Gesamtinvestitionen in Höhe von S 65,911 Mio, wodurch 71 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, bereitgestellt. Diese Kredite wurden überwiegend zu besonders günstigen Konditionen, nämlich 1 % Zinsen für die tilgungsfreie Zeit, zur Verfügung gestellt.

Sowohl für Neugründungen als auch für die Erweiterung bestehender Betriebe stehen weiterhin ERP-Mittel zu den besonders günstigen Konditionen für Grenzlandbetriebe zur Verfügung.

Darüber hinaus möchte ich noch allgemein bemerken, daß das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie auch im Jahre 1979 wieder beträchtliche Budgetmittel, nämlich S 128,7 Mio. für Zwecke der Stärkeförderung bereitstellt.

- 5 -

Von dieser Summe entfallen S 55 Mio. auf die besondere Kartoffelstärkeförderung, die neben ihren günstigen Auswirkungen auf verschiedene Verarbeitungsindustrien auch der im Waldviertel situierten Stärkeindustrie sowie den Kartoffelbauern im Interesse einer Sicherung des Absatzes von Kartoffeln und Kartoffelstärke zugute kommt. Ähnliches gilt für einen weiteren Betrag von S 23,7 Mio., der im Rahmen dieser Unterstützung für die besondere Maisstärkeförderung vorgesehen ist. Wegen der Verflechtung der Kartoffel- und der Maisstärkeindustrie kommt auch diesem Betrag Bedeutung auf dem Gebiete der Förderung in Gmünd und Umgebung zu.

Auf dem Gebiete der Wirtschaftsförderung hat das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie in letzter Zeit einige Aktionen wesentlich verbessert, was auch Betrieben im Waldviertel bei Bedarf zugute kommen wird. So wurde beispielsweise in der Bürges-Kleingewerbekreditaktion das geförderte Kreditvolumen von S 250.000 auf S 500.000 erhöht und der Kreis der potentiellen Förderungswerber erweitert. Durch Senkung des Höchstzinssatzes wurde die Kapitalkostenbelastung unter Berücksichtigung des Zinsenzuschusses auf derzeit 4 % p.a. gesenkt. Ähnliche Verbesserungen wurden in diversen anderen Aktionen, auch auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs, vorgenommen.

Von besonderer Bedeutung ist die Verbesserung der Aktion "Förderung von Betriebsneugründungen und -übernahmen" für Betriebe im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, die am 1. März 1979 wirksam geworden ist. Das geförderte Kredit- bzw. Investitionsvolumen wurde von S 500.000 auf S 2 Mio. erhöht, der Zuschuß von 12 % auf 15 % hinaufgesetzt. Die Bundesländer wurden aufgefordert, an dieser Aktion mitzuwirken und das geförderte Volumen auf das Doppelte aufzustocken.

- 6 -

Auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs wird im besonderen das Projekt "Moorkuranstalt Harbach" gefördert. Ein ERP-Ersatzkredit in Höhe von S 20 Mio. wurde bereits bewilligt, ein Antrag des Förderungswerbers um Gewährung eines ERP-Kredites in der gleichen Höhe wird von der ERP-Fachkommission im Juni d. J. behandelt werden.

Ferner wurde am 13. März 1979 in einer Besprechung mit Vertretern des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vorgeschlagen, eine Expertengruppe aus Beamten des Bundes und des Landes zu bilden, die prüfen soll, welche Möglichkeiten zur Aktivierung von Fremdenverkehrsinitiativen im Waldviertel bestehen.

Für den Bereich der Glasindustrie wurde ein Projekt zur Erarbeitung einer neuen Produktenlinie für österreichisches Kulturglas zusammen mit einem Marketingkonzept initiiert und gefördert, welches der Glasindustrie in Altnagelberg zugute kommen wird.

Was den Textilsektor betrifft, konnte für den Bereich der Wirkerei des Heidenreichsteiner Betriebes der Vöslauer Kammgarnfabrik die Firma Kunert (Rankweil) als Käufer gefunden werden. Es werden 65 Arbeitskräfte übernommen. Für die Spinnerei der Vöslauer Kammgarnfabrik konnte noch kein Interessent gewonnen werden.

Die Informationsstelle für Investoren des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie hat im Einvernehmen mit der Firma Eisert AG, die Betriebsstätten in Heidenreichstein und Waidhofen an der Thaya unterhält, bereits im Jahre 1976 versucht, durch Einschaltung der wichtigsten in Österreich vertretenen ausländischen Handelskammern geeignete Beteiligungs- und Kooperationspartner für das genannte Unternehmen ausfindig zu machen.

- 7 -

Im Zuge der neuesten Entwicklung ist das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie bemüht, geeignet erscheinende in- und ausländische Unternehmungen für eine Übernahme der Betriebe der Eisert AG zu interessieren. Zu diesem Zwecke finden gegenwärtig erfolversprechende Verhandlungen statt. Diese Bemühungen des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie scheinen hinsichtlich der Konkretisierung des Projektes der Neuerrichtung eines Betriebes in Heidenreichstein, der Leistungen für die Auto- und Maschinenindustrie in der BRD erbringen soll und 200 Fachkräfte der Eisert AG übernehmen wird, Erfolg zu haben. Weitere 200 Fachkräfte könnten in einem zweiten projektierten Zulieferbetrieb für die deutsche Autoindustrie in einer nahegelegenen Region untergebracht werden.

Weiters darf bemerkt werden, daß Klein- und Mittelbetriebe bei ihren Bemühungen um Erlangung begünstigter Investitionskredite vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie unterstützt werden. Im Zuge dieser Bemühungen wurden auch Betriebe des Bezirkes Gmünd über die ihnen zur Verfügung stehenden bundesweiten Finanzierungsinstrumente beraten bzw. mit den für das jeweilige Projekt in Frage kommenden Bundeseinrichtungen in Kontakt gebracht (Beratungstag am 17. November 1978 in Zwettl).

Auf dem Gebiete der Energie sollen eventuelle Möglichkeiten zur Verbesserung der Erdgasversorgung im Waldviertel geprüft werden.

Abschließend möchte ich noch darauf verweisen, daß der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung zu einer gleichlautenden

- 8 -

parlamentarischen Anfrage (Nr. 2355/J) insbesondere zum Standpunkt der Arbeitsmarktverwaltung bereits Stellung genommen hat. Um Wiederholungen zu vermeiden, darf ich auf diese Anfragebeantwortung verweisen.

